RAS-Stellungnahme zum FES-Beschlussverfahren (SSV - 15.12.2020)

Wir als Initiative Recht auf Stadt haben uns zusammengeschlossen, um für bezahlbaren Wohnraum und eine solidarische, enkeltaugliche Stadtentwicklung einzutreten. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal abschließend zu dem Vorhaben bzgl. der Bebauung der FES Stellung nehmen.

Doch zunächst: Von unserer Seite soll nicht der Eindruck entstehen, dass unsere Initiative als "grüne" Totalopposition oder als reines Projekt von Studierenden verstanden wird. Die Mehrheit der Mitglieder sind einfach (teilweise alteingesessene) Eberswalder Bürgerinnen, welche sich für eine gemeinsame, nachhaltige Stadtpolitik engagieren. Auch möchten wir an dieser Stelle folgendes positiv festhalten: In der Kommunikation mit den Vertretern und Vertreterinnen der Eberswalder Stadtverwaltung bzw. Stadtpolitik wurden unsere Anliegen vorwiegend wertschätzend und offen entgegengenommen.

Zur FES: Seit nunmehr fast zwei Jahren begleitet uns das Thema Friedrich Ebert Süd. Während dieser Zeit kamen wir mit vielen unterschiedlichen Einwohner*innen der Stadt ins Gespräch. Die überwiegende Zahl von ihnen äußerten sich kritisch bis ablehnend gegenüber einer Bebauung. Zudem erhielten wir nicht selten auch frustrierte Ablehnung: "Die machen sowieso was sie wollen, was ihr macht, ist vergebene Liebesmühe!". Unser Eindruck ist, dass das Vertrauen in die Stadtpolitik gering ausfällt. Gerade ältere Bürger*innen haben ein Gespür für Authentizität. Ihre Erfahrung lehrte sie, oberflächliche Beteiligungsangebote nicht mehr ernst zu nehmen. Um das Verhältnis zwischen den Bürgerinnen und der Stadt zu verbessern braucht es mehr ernsthafte Kooperation, die über die parlamentarische Demokratie hinausgehen. Eine vielschichtige Bürgerbeteiligung ist deshalb von unschätzbarem Wert, um mehr Vertrauen in die Stadtpolitik herzustellen.

Unserer Meinung nach bedarf es daher zukünftig in Eberswalde dringend vielfältiger, barrierearmer und dauerhafter Beteiligungsformate, in denen sich Eberswalderinnen und Eberswalder mit ihren Wünschen und Anliegen aufgehoben und gehört fühlen. Für viele Bürger*innen bedeutet es eine große Hürde in Ausschüssen vor dem Mikrofon zu sprechen. Es mag sein, dass es Ihnen vorkommt als sei schon viel Beteiligung gelaufen. Für gewisse Personengruppen mag das vielleicht auch stimmen, aber was ist mit den vielen anderen Menschen (z.B. Seniorinnen, Jugendliche, Migrant*innen etc.)? Für diese Menschen machen Sie doch auch Politik?!

Gibt es solche offenen Beteiligungsformate, kann aus dem was anfänglich fremd und realitätsfern wirkte, plötzlich eine neue gemeinsame Perspektive entstehen, die auch für kritische Interessensgruppen (z.B. Einzelhändler*innen) anschlussfähig ist.

Diese Stadt, die so viel lebendiger ist als viele vergleichbare Städte in der Region, sie kann das ihr innewohnende Potential nutzen, wenn Sie, liebe Stadtverordnete und liebe Stadtverwaltung, mutig genug sind, sich mit kritischen Positionen auseinanderzusetzen und Menschen über das gewohnte Maß hinaus an der Stadtentwicklung zu beteiligen. Demokratie heißt, Kompromisse zu machen. Wir sind der Meinung, dass heute hier kein Kompromiss gemacht wird, sondern ein einseitiger Prozess weitergetrieben wird, der unserer Ansicht nach mehr auf Annahmen als auf fundierten Erkenntnissen fusst.

Wir fordern sie daher erneut auf - gehen Sie noch einmal in den Austausch mit den Bürger*innen der Stadt.

Lassen Sie uns die FES als Labor begreifen, wie bürgerorientierte, nachhaltige Stadtpolitik gelingen kann.

Unsere Gruppe ist bereit, die Stadt in einem ergebnisoffenen und professionell durchgeführten Beteiligungsprozess zu unterstützen, wenn dieser bindende Wirkung hat.

Wir alle, und besonders Sie als Stadtverordnete, tragen eine Verantwortung für eine zukunftsfähige Entwicklung von Eberswalde. Wir hoffen daher, mit unserem Apell neue Türen der Eberswalder Stadtpolitik zu öffnen.